Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.
In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm's Sortim. (Alfred Hahn),
Universitätsstraße 1,
Louis Lösche,
Katharinenstr. 23 part. und Königsplatz 7,
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Abonnementspreis
vierteljährlich 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tagblatts-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 70 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unf. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherem Tarif.

Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die **Expedition** zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Postnachnahme.

№ 153. **Montag** den 2. Juni 1890. **84. Jahrgang.**

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Hierdurch bringen wir zur öffentlichen Kenntniß, daß wir beschlossen haben, die **Melanchthon-Straße** in **Leipzig-Reudnitz** und **Leipzig-Neuschönefeld** wie nachersichtlich, und zwar auf der **rechten** Seite mit den **geraden**, auf der **linken** Seite mit den **ungeraden** Zahlen, umzunumeriren.

Von **der Eisenbahnstraße** aus:

Auf der linken Seite			Auf der rechten Seite		
Jetzige Str.-Nr.	Brand-Kat.-Nr.	Neue Str.-Nr.	Jetzige Str.-Nr.	Brand-Kat.-Nr.	Neue Str.-Nr.
Abtheilung B.			Abtheilung B.		
1	8	1	1	112 f	2
2	9	3	2	112 k	4
3	10	5	3	112 i	6

Leipzig, am 28. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 2730. Dr. Georgi. Räling.

Versteigerung auf den Abbruch.

Folgende an der Harkortstraße unter Nr. 4, Brand-Kat. Nr. 4, Abth. B, gelegene Baulichkeiten, und zwar:
- das rechtsseitige 3stöckige Wohngebäude,
- 2stöckige Mittelgebäude,
- alte Pferdestallgebäude,
- als Hausmannswohnung benutzte Gebäude,
- der offene Schuppen und
- das Gewächshaus

sollen **Freitag, den 6. Juni 1890, Vormittags 11 Uhr,**
auf dem Rathhause, 1. Obergeschoß, Zimmer Nr. 13 unter den ebendaselbst in der Nuntiatur zur Einsichtnahme ausliegenden Bedingungen auf den **Abbruch** versteigert werden.

Die zur Versteigerung gelangenden Baulichkeiten können am 4. und 5. Juni d. J. nach vorheriger Anmeldung bei unserer Hochbauverwaltung, Rathhaus, 2. Obergeschoß, Zimmer Nr. 5, besichtigt werden.

Leipzig, den 30. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ib 1999/599 Dr. Georgi. Räling.

Wohnungs-Vermiethung.

In dem der Stadtgemeinde Leipzig gehörigen früheren **Rathhausgrundstück** in **Leipzig-Anger-Crottendorf,** Zweinaundorfer Straße Nr. 1, ist eine im 2. Stockwerk gelegene, aus 2 Stuben, 2 Kammern, 1 Küche und sonstigem Zubehör bestehende Wohnung vom 1. October dieses Jahres ab gegen halbjährliche Kündigung anderweit zu vermiethen.

Miethgesuche werden auf dem hiesigen Rathhause, 1. Stockwerk, Zimmer Nr. 8, entgegengenommen.

Leipzig, den 28. Mai 1890.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Ia. 2376. Dr. Georgi. Krumbiegel

Leipzig, 2. Juni.

* Der Kaiser soll sich, wie die Königsberger „Hartung'sche Zeitung" aus zuverlässiger Quelle erfahren haben will, bei seiner Anwesenheit in Königsberg zu Notablen der Provinz dahin ausgesprochen haben, daß er in nicht zu langer Zeit eine Zusammenkunft mit dem Kaiser von Rußland in Königsberg plane. Früher hätten die Räumlichkeiten des Schlosses eine solche Begegnung nicht gestattet, jetzt seien dieselben aber so vorzüglich eingerichtet, daß von dieser Seite dem Plane nichts entgegenstehe. Der Kaiser von Rußland werde sich gewiß gern dazu bereit finden, um so mehr, als er selbst bei seiner Anwesenheit in Berlin von einer Begegnung in Königsberg gesprochen habe. Der Kaiser habe schließlich nach kurzem Nachsinnen noch hinzugefügt, daß der Plan wohl schon im Jahre 1892, und zwar zum Herbst, zur Ausführung kommen könnte.

* Ueber den Unfall, welcher am 25. v. M. den Kaiser und den Erbprinzen von Sachsen-Meiningen betroffen hat, bringt die in Meiningen erscheinende Zeitung folgende, allem Anscheine nach autorisirte Darstellung, die von den früheren Schilderungen in einigen Puncten abweicht: -

Se. Majestät der Kaiser sprang nicht aus dem Wagen ab, sondern er wurde beim Anprall dieses an den Bordstein aus dem Wagen herausgeschleudert. Fünfzig Schritte von dieser Stelle weiter bei der Wagen um, Se. Hoheit der Erbprinz und der Kutscher flogen dabei auf den dort sehr breiten Fußsteig. Se. Hoheit der Erbprinz trug nicht die geringste Verletzung davon. Es war ihm nur in Folge der Erschütterung einige Augenblicke der Kopf benommen. Der beste Beweis ist, daß sich Se. Hoheit der Erbprinz seit einigen Tagen schon auf einer Dienstreise in der Gegend von Pasewalk befindet, wo er das Manöverterrain besieht.

* Am 3. Juni beginnt mit den Plenarsitzungen des preußischen Abgeordnetenhauses die parlamentarische Saison aufs Neue; im Reichstag werden in dieser Woche nur einige Commissionen die Arbeit wieder aufnehmen, während das Plenum erst am 9. Juni wieder zusammentritt. Für das Abgeordnetenhaus nimmt man Mitte, für den Reichstag Ende Juni als frühesten Termin des Schlusses an. Auch bei dieser Annahme aber ist es natürlich nicht möglich, das ganze vorliegende Material aufzuarbeiten. Eine so lange in den Sommer hinein erstreckte gleichzeitige Thätigkeit der beiden parlamentarischen Körperschaften ist noch in keinem Jahre vorgekommen, und dabei sollen die Arbeiten im Reichstag sowohl als Abgeordnetenhaus in diesem Jahre ganz besonders früh im Herbst wieder beginnen.

* Mit der Bearbeitung des Urmaterials früherer Volkszählungen war auch eine der Bedeutung des Gegenstandes nicht ganz entsprechende zeitraubende Arbeit insofern verknüpft, als für die christlichen Bekenntnisse eine außerordentlich große Zahl von Benennungen eingeführt war, nach denen die Bevölkerung, soweit sie christlichen Glaubens war, getrennt werden mußte. Wie es heißt, wird diese Umständlichkeit bei der Bearbeitung der Volkszählungsergebnisse von 1890 in Fortfall kommen. Die früheren zahlreichen Benennungen der christlichen Bekenntnisse sind nämlich auf 11 Gruppen reducirt worden, und zwar auf: Evangelische (Lutheraner, Reformirte, Unirte), Römisch-Katholische, Griechisch-Katholische, Brüdergemeinde (Herrnhuter, Böhmische und Mährische Brüder), Mennoniten, Baptisten, Englische und Schottische Hochkirche (Presbyterianer), Methodisten und Quäker, Apostolische (Irvingianer), Deutschkatholische, Freireligiöse, Dissidenten und Sonstige. Durch diese Anordnung wird die diesmalige Bearbeitung der Volkszählungsergebnisse wesentlich erleichtert werden.

* Staatsminister Graf Bismarck ist auf der Rückreise von Paris in Frankfurt a. M. eingetroffen. Wie die „Französische Correspondenz" constatirt, hat Graf Bismarck bei seinem Aufenthalt in Paris nur drei Besuche gemacht: auf der deutschen Botschaft, auf dem auswärtigen Amt und bei Herrn Des Houx in Folge eines demselben in Friedrichsruh gemachten Versprechens.

* Die Nachrichten über die Bildung einer gemäßigt-ultramontanen Partei in Bayern haben im Lager der Intransigenten offenbar sehr peinlich berührt. Die „Germania" sucht die Sache als einen Scherz hinzustellen und quält sich ein krampfhaftes Lächeln ab; dabei blickt ihr aber die blasse Angst aus jeder Zeile, die sie diesem „Scherz" widmet. Ob wirklich eine neue Parteibildung im ultramontanen Lager sich vorbereitet, müssen wir vorläufig dahingestellt sein lassen. Aber wenn es auch zu einem nach Außen so auffälligen Schritt nicht kommt, an der Thatsache eines tiefen Zerwürfnisses im ultramontanen Lager, und nicht blos in Bayern, wird dadurch ebenso wenig geändert, wie an der klaffenden Spaltung bei den Deutschfreisinnigen durch die Frage, ob die Herren Schrader und Richter auch ferner noch in einer Fraction beisammen sitzen. Die Centrumspartei hat ihre Zeit und ihre Berechtigung gehabt, sie hat sie aber heute nicht mehr und muß darum in ihre im Grund so entgegengesetzten Elemente auseinanderfallen.

* * *

* Vom böhmischen Landtag wird aus Prag, 31. Mai, gemeldet:

Der Abgeordnete Rieger, als Generalredner, nahm für die Schulvorlage das Wort und hob dabei hervor, daß die Deutschen dem heute mächtigsten Volksstamme angehörten, daß die Deutsch-Böhmen den Czechen gleichberechtigt und in Böhmen keine Neulinge seien, sei doch die Entwicklung des Städtewesens in Böhmen ihr Verdienst. Die große Mehrzahl der Städte sei deutsch gewesen, von ihnen sei die Entwickelung des Gewerbewesens ausgegangen und in den glorreichen Tagen des Landes hätten sich die deutschen Bürger hervorgethan. Was ehedem czechisch gewesen und jetzt deutsch sei, lasse sich doch um jeden Preis nicht umgestalten, und, was durch czechische Schuld verloren gegangen, das lasse sich so leicht nicht wiedergewinnen; majorisiren wollen die Czechen nicht, sondern nur postiren. — Der Landtag verwarf sodann in namentlicher Abstimmung mit 167 gegen 52 Stimmen den Antrag der Jungczechen auf Uebergang zur Tagesordnung über die Schulvorlage und beschloß das Eingehen in die Specialdebatte, welche in der heutigen Abendsitzung beginnt. Mit 38 Jungczechen stimmten 10 Altczechen und 4 feinem Tschechenclub angehörige Czechen.

* Aus Rom, 31. Mai wird uns gemeldet:

In der heute in der Deputirtenkammer zu Ende geführten Berathung über den Antrag des Deputirten Bovio von der äußersten Linken betreffend die Verletzung der Rechte einer Privatgesellschaft, begangen am 11. Mai gegen den demokratischen Congreß zu Rom, sprach der Unterstaatssecretair des Innern Fortis. Derselbe kündigte an, er lege sein Amt nieder, aber nicht wegen einer Meinungsverschiedenheit mit dem Ministerpräsidenten Crispi, sondern weil er überzeugt sei, daß bei der gegenwärtigen politischen Lage seine Mitarbeit die Action der Regierung schädigen würde. Fortis erklärte sich beiläufig über die allgemeine politische Richtung, welche das Ministerium verfolge und gab der Hoffnung Ausdruck, daß Crispi das Ziel würde erreichen können, welches das Programm seiner ruhmvollen Politik war und bleibt. Der Ministerpräsident Crispi vertheidigte seine Politik und erklärte, an seinem Programm habe er nach wie vor nichts geändert, er übernehme die volle Verantwortlichkeit für die Regierung. Er sei immer überzeugt gewesen, daß die Grundlagen der modernen Monarchien volksthümliche Einrichtungen sein müßten. Er sei glücklich darüber, daß seine alten Freunde mit einigen Ausnahmen heute ebenfalls diese Ueberzeugung hätten. Denjenigen, welche ihn des Widerspruches beschuldigten, antworte er, daß er allerdings innerhalb dreier Jahre Einiges gelernt habe, während Andere stets da stehen blieben, wo sie gewesen. Selbstverständlich dürften alle Parteien ihren Ideen Ausdruck geben, aber sie dürften dieselben doch nicht Anderen aufdringen und noch viel weniger dürfe der Staat außerhalb des Parlaments die Propaganda von Ideen dulden und begünstigen, welche er für schädlich und gefährlich erachte. Die Beschuldigung der Ausübung dictatorischer Gewalt weise er zurück; er habe stets die Ueberzeugung gehabt, daß im Interesse des Staates eine starke Regierung nothwendig sei und ein starkes Parlament. Crispi erklärte sodann, daß er sich mit dem socialen Problem befasse und allen seinen Eifer anwenden werde, um dessen Lösung herbeizuführen, um die Grundlagen der Regierung immer solider zu gestalten. Italien müsse sich von dem autopsischen Hochstande aus seinen Einfluß ausdehnen und seinen Handel entwickeln. Die finanziellen Fragen befänden sich Dank der neuen, seitens der Regierung vorgeschlagenen Maßregeln auf dem Wege glücklicher Lösung. Die Beziehungen Italiens zu allen Staaten Europas seien niemals so herzliche, wie jetzt sowohl zu Petersburg als zu Paris gewesen. Er habe seine Pflicht gethan, und erwarte nunmehr das Votum der Kammer; niemals werde er, um sich Stimmen zu erwerben, seine Vergangenheit verleugnen. Hierauf fand eine namentliche Abstimmung über das von Bacelli beantragte Vertrauensvotum für Crispi statt. Dasselbe wurde mit 329 gegen 61 Stimmen angenommen.

* Wie des Weiteren aus Rom gemeldet wird, ist ein neues italienisches Grünbuch betreffend Aethiopien in der Kammer zur Vertheilung gelangt. Von allgemeinerem Interesse sind in dieser Documentensammlung die Antworten, mit welchen die Mächte die ihnen am 11. October 1889 gewordene Notificirung des Artikels XVII des italienisch-äthiopischen Vertrages, durch welchen Italien die diplomatische Vertretung Aethiopiens übertragen wird, sowie die Mittheilung des Artikels V des Vertrages mit Aussa, durch welchen dieses Land unter das Protectorat Italiens gestellt wird, entgegengenommen haben. Sämmtliche Cabinete haben, wie sich aus dem Grünbuche ergiebt, diese Notificirungen ohne Vorbehalte zur Kenntniß genommen; eine Ausnahme bildete blos die russische Regierung, welche es für nothwendig erachtete, „einige Bemerkungen" zu machen, in denen Vorbehalte bezüglich der Rechte der Pforte auf die in Betracht kommenden Gebiete zum Ausdruck gebracht werden. Die italienische Regierung wies dem gegenüber darauf hin, daß die Pforte selbst eine solche Frage nicht aufgeworfen hat. Sie habe hierzu keinerlei Anlaß gehabt, da Aethiopien, beziehungsweise Abessynien niemals in irgend einem Abhängigkeitsverhältniß zum ottomanischen Reiche gestanden sei. Herr Crispi schloß die Frage mit einer am 10. Januar 1890 an den italienischen Botschafter in St. Petersburg gerichteten Depesche ab, die in folgenden Sätzen gipfelt: „Es ist vollständig klar, daß, wenn der von Rußland erhobenen Einwendung irgend ein Werth zukommen sollte, dies einzig vom Gesichtspuncte der Beziehungen zwischen Italien und der Türkei und nicht im Hinblick auf diejenigen zwischen Italien und Rußland der Fall sein könnte. Die Rechtsfrage, die bei uns durch Vermittelung des Barons Uexküll aufgeworfen wurde, erscheint uns somit als erledigt. Nachdem seitens Rußlands keinerlei andere Einwendung gegen unseren Vertrag mit Menelik formulirt wurde, müssen wir unsere Notification als angenommen ansehen, was wir auch in Wirklichkeit thun."

* Wie man aus London berichtet, hat dort die Nachricht von der Landung einer Compagnie französischer Marine-Soldaten in der St. Georgs-Bay in Neufundland einige Erregung hervorgerufen. Die von der französischen und englischen Regierung getroffene provisorische Vereinbarung betreffs der Fischereien auf Neufundland erzeuge daselbst ein Gefühl so lebhafter Entrüstung, daß sich in der Bevölkerung Neufundlands eine secessionistische Partei bildete, welche den Anschluß an die Vereinigten Staaten Nordamerikas verlangt, und man befürchtet, daß die Anwesenheit französischer Marine-Soldaten auf dem Gebiete von Neufundland zu Thätlichkeiten führen könnte, mit der Absicht, einen Conflict zwischen England und Frankreich herbeizuführen. Die Nachricht, welcher zufolge derartige Vorgänge bereits eingetreten wären, hat sich indessen nicht bestätigt, und die französische Regierung hat in dieser Beziehung in London sehr befriedigende Erklärungen abgegeben. Der französische Minister des Aeußern, Herr Ribot, besteht auf dem Rechte Frankreichs zum Hummerfang an der Küste Neufundlands, aber er erklärt sich gleichzeitig bereit, ein Compromis einzugehen. An dieser Küste wird nur mit vierzig französischen Booten Fischerei getrieben, und es wäre leicht, die Frage zu lösen, indem man den Fischern eine Entschädigung bezahlen würde, welche höchstens einige Tausend Pfund Sterling betragen könnte. Was aber die auf den Verträgen beruhenden Rechte Frankreichs anbelangt, schlägt Herr Ribot vor, die Frage einem Schiedsgericht zu unterbreiten und für diese Rechte ein Gebiet an der Westküste Afrikas einzutauschen.

Freiherr von Luß.

* Der bayerische Ministerpräsident und Cultusminister Dr. Freiherr von Luß hat, durch schwere Leiden genöthigt, seine Entlassung eingereicht und der Prinzregent Luitpold hat dieselbe in einem huldvollen Handschreiben, unter Uebersendung seiner Marmorbüste, genehmigt. Se. Königliche Hoheit ernannte an Stelle des ausscheidenden hochverdienten Staatsmannes zum Vorsitzenden des Ministerraths den Staatsminister Freiherrn von Crailsheim und den Polizeipräsidenten Mäller zum Cultusminister. Ueber diese Angelegenheit berichten die „Münchner Neuesten Nachrichten" unmittelbar vor der Entscheidung:

Wie wir authentisch hören, hat der Minister des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten Staatsminister Dr. Freiherr von Luß heute Sr. königl. Hoheit dem Prinzregenten sein Gesuch um Entlassung aus dem Amte unterbreitet. Begründet hat der Minister diese Bitte mit der Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand. Herr von Luß hat erst wieder in den letzten Tagen nach einem Bade beunruhigende Congestionen und einen schweren Anfall von Asthma gehabt. Das Gesuch ist heute früh in den Einlauf der Geheimmappe gekommen. Wie wir erfahren, ist Se. königl. Hoheit, die erst heute früh 7 Uhr von Wien nach vierzehntägiger Abwesenheit in die Residenz zurückgekehrt ist, von dem Entlassungsgesuch des Ministers völlig überrascht gewesen, — ebenso hat man in den Kreisen der Collegen des Ministers und anderer hochstehender Persönlichkeiten keine Ahnung gehabt, daß Freih. v. Luß gerade jetzt das seit 23 Jahren innegehabte Portefeuille niederlegen wolle, wenn man auch wußte, daß Freih. v. Luß seit seiner schweren Erkrankung, die ihn Ende des vorigen Jahres befiel, sich immer mehr mit dem Gedanken seines Rücktritts vertraut gemacht hat.

Daß es wirklich nur Gründe des körperlichen Befindens sind, welche Frhrn. v. Luß bei seinem Entbehrungsgesuch leiten, keineswegs aber irgendwelche Motive politischer Art, bedarf kaum eines Beweises. Denn gerade in letzter Zeit — gestern vor vierzehn Tagen ist der Brief des Regenten an den Erzbischof von München veröffentlicht worden — ist die Uebereinstimmung der Grundsätze des Staats-Oberhauptes mit den Ansichten des leitenden Ministers wiederholt und Allen sichtbar zu Tage getreten. Der Regent hat die Antwort des Cultusministers auf die Eingabe des Episkopates, von welcher der neue kirchenpolitische Streit ultramontanerseits seinen Ausgang nahm, durch Signat gebilligt und sich zu eigen gemacht; er hat, soweit es innerhalb der constitutionellen Verfassung thunlich ist, seine Zustimmung zu der Haltung des Ministers und später seines Vertreters Freiherrn von Crailsheim gegenüber dem Vorgehen der Centrumspartei in der Abgeordnetenkammer kundgegeben; das Ministerium hat im Landtage schließlich Sieg auf Sieg erfochten; endlich hat der Landesherr ganz selbstständig und, wie wir bestimmt wissen, zur Ueberraschung — wenn auch natürlich angenehmen Ueberraschung — seines räumlichen Ministers, höchst persönlich nach seiner Abneigung gegen die friedensstörende Politik der Ultramontanen einen geradezu niederschmetternden Ausdruck gegeben. Dies Alles führen wir nur an, um den vorausgehenden Unterstellungen der Centrumspartei (denn was darf man von dieser Seite an Verdrehungen nicht erwarten!) entgegenzutreten, als ob Frhr. v. Luß freiwillig seinen Abschied nehme, um einer ihm wegen Differenzen mit der höchsten Stelle drohenden Entlassung zuvorzukommen.

Ob Se. königl. Hoheit das Gesuch des ersten Staatsbeamten und Kronberathers genehmigen wird, wissen wir nicht. Erkennt aber der Regent die Gründe, welche den Minister zu der Bitte geführt haben, als gerechtfertigt an, so kann das bayerische Vaterland der Weisheit seines Fürsten vertrauen, daß das erledigte hochwichtige Amt in Hände gelegt wird, welche mit Festigkeit und Gerechtigkeit die Rechte des Staates ebenso schützen, wie sie den Kirchen aller Confessionen das hergebrachte Wohlwollen bewahren werden. „Ein Wechsel vielleicht der Personen, — kein Wechsel des Systems", das wird mit dem bekannten Worte ihres Führers Walter sich die bayerische Centrumspartei selbst sagen müssen.

Der Rücktritt des Herrn v. Luß, der sich auch in franken Tagen nur ungern von der liebgewordenen Arbeitslast trennte, hat demgemäß keinen politischen Hintergrund, er bedeutet keinen Systemwechsel, sondern erklärt sich lediglich aus dem körperlichen Befinden des Staatsmannes, der befriedigt auf ein arbeitsvolles Leben zurückblicken darf. Bayerns Ministerpräsident, der seit nunmehr 22 Jahren das in diesem Lande besonders wichtige Portefeuille des Cultus und öffentlichen Unterrichts geführt hat, ist noch am 4. December, als er 63 Jahre alt wurde, seitens des Prinzregenten wie alljährlich durch ein Handschreiben, sowie die Uebersendung eines Blumenstraußes geehrt worden. Es giebt Niemanden in Bayern, der so genau wie der Prinzregent bis in alle Einzelheiten hinein darüber Bescheid wüßte, wie unendlich viel das Land diesem Minister, jedenfalls einem der klügsten Köpfe in Bayern, zu verdanken hat. Der fränkische Schullehrerssohn, der bis dahin in der Anwaltschaft und als Richter thätig gewesen war, kann seine Ministerlaufbahn auf den Glücksfall zurückführen, daß es ihm beschieden war, dem König Max II. Vortrag über Handelsrecht halten zu dürfen. Dr. Luß wurde 1857 der in Nürnberg tagenden Conferenz für Ausarbeitung des Deutschen Handelsgesetzbuches als Protokollführer beigegeben. Und als er 1863 von König Max II. ins Cabinets-Secretariat berufen wurde, welches in Bayern für so manchen tüchtigen Mann das Sprungbret zur steilsten Laufbahn abgegeben hat, konnte sein ferneres Emporstreben blos noch eine Frage der Zeit sein. Wie dann der unter Ludwig II. in den Freiherrnstand erhobene Minister unter zwei Monarchen das Staatsschiff in denkbar schwierigsten Zeitläuften glücklich zwischen allen Klippen hindurchgeführt hat, ist in aller Erinnerung. Minister v. Luß, der von jeher die häusliche Einsamkeit liebt, verkehrte seit seiner dritten Vermählung — mit der Frau Finanzrath Riedinger, der Witwe eines reichen Augsburger Fabrikanten —, abgesehen von seinen Berufsgeschäften, in keiner Gesellschaft, in keinem Club oder dergleichen und sieht seine Freunde blos im eigenen Hause. Seine Mußestunden sind literarischen und medicinisch-anatomischen Studien gewidmet. Die Kinder aus früherer Ehe werden, obwohl der Minister sowohl wie seine Gemahlin katholisch sind, protestantisch erzogen. Soviel bekannt, ist das Ehepaar, obwohl die Trauung durch einen protestantischen Geistlichen vollzogen wurde, als katholisch in die Kirchenbücher eingetragen. Seiner äußeren Erscheinung nach ist Minister v. Luß eine kleine, breitschulterige Figur mit kurzem Hals und einer gewissen Neigung zur Wohlbeleibtheit. Der mächtige, von kurzgeschorenem, grauem Haar bedeckte Kopf, aus dem hinter goldener Brille ein Paar durchdringende Augen hervorblicken, verräth in gleichem Grade Kraft und Klugheit. Außer einem kurz geschnittenen Schnurrbart ist das Gesicht glatt rasirt. Als Redner steht Herr v. Luß, was Klarheit und Logik anlangt, in Bayern unerreicht da, wenn ihm auch von seinen Ministercollegen in Bezug auf gutmüthigen Humor Herr v. Riedel und in Bezug auf Feinheit oder Anmuth der Redewendungen Herr v. Crailsheim überlegen sein mögen. Phrasen, und sei es selbst die verzeihlichste, wird wohl kaum jemand aus dem Munde des Ministers vernommen haben. Alles, was er mit seiner nicht lauten aber überaus klaren Stimme vortrug, war sachlich, und ein Mißverständniß, eine Unklarheit war kaum denkbar.

Die deutschfreisinnige Partei.

* In fortschrittlichen Wählerkreisen macht sich gegen die Bewilligung von neuen militairischen Forderungen eine Unterströmung bemerkbar, die voraussichtlich an Stärke noch zunehmen wird, je näher die Entscheidung herankommt. Die „Freisinnige Zeitung" trägt Tag für Tag Resolutionen und Erklärungen deutschfreisinniger Vereine zusammen, welche die bestimmte Erwartung aussprechen, daß kein Parteigenosse im Reichstag diesen Forderungen zustimmen werde; zum allermindesten müsse ein Ersatz in der Gewährung der zweijährigen Dienstzeit gebeten werden. Ein bezüglicher volksparteilich-deutschfreisinniger Antrag liegt bekanntlich bereits dem Reichstag vor und auch in der Militarcommission ist ein solcher angekündigt. Nach den bestimmten Erklärungen der Militairverwaltung ist aber zur Zeit ein Entgegenkommen in dieser Frage ausgeschlossen und die Anträge können daher nur als Beschönigung für die beabsichtigte Ablehnung der Vorlage betrachtet werden. Zu dieser ist ohne Zweifel die Mehrheit der deutschfreisinnigen Fraction schon jetzt entschlossen, wenn auch noch der Schein „sorgfältiger Prüfung" aufrecht erhalten wird. Auch die „Nation" des Abg. Dr. Barth bemerkt, daß in der Militairfrage die Partei wahrscheinlich nahezu geschlossen stimmen wird, selbstverständlich verneinend. Die altfortschrittliche Richtung, deren Ueberwiegen in der gegenwärtigen deutschfreisinnigen Reichstagsfraction keinem Zweifel unterliegen kann, hält den Augenblick offenbar für sehr geeignet, den traditionellen Kampf gegen den „Militarismus" mit frischen Kräften aufzunehmen. Das wird das Ende der eine Zeitlang verbreiteten Fabel sein, daß die deutschfreisinnige Partei nach ihrem „Aufschwung" und nach der Umwandlung der Regierung anfangen wolle, positive Politik zu treiben.

Eine weitere Blüthenlese aus den fortschrittlichen „Reptilien" dürfte am Platze sein. So wird über den Streit im deutsch-freisinnigen Lager dem „Alzeyer Beobachter" — im Wahlkreise des Abg. Dr. Bamberger, der sich zuweilen in dem Blatte äußert — aus Berlin geschrieben:

„Lassen Sie sich nicht durch solche Darstellungen des in der Fraction ausgebrochenen Zwistes zu der Ansicht verleiten, daß es sich dabei um ein Mehr oder Weniger von Opposition gegen die Regierung, speciell gegen die Militairvorlage handle, oder um eine feindliche Umwandlung von Dankbarkeit für höfische Behandlung. Die alten Fractionsmitglieder, welche sich dagegen sträuben, Herrn Richter an der Spitze des geschäftsführenden Ausschusses zu belassen, sind, wenn sie auch nicht auftreten wie er, nicht minder taktische Politiker und selbst wenn sie in einem oder dem anderen Puncte nicht sachlich mit ihm einig wären, würden sie darin keinen Grund sehen, eine Veränderung in der Repräsentation der Partei zu verlangen. Die tiefere Bewandniß des Conflicts liegt in Richter's Doppelstellung als Hauptredacteur der „Freisinnigen Zeitung" und als Vorsitzender des Ausschusses. In der Zeitung ist Richter Autokrat und führt sie nach eigenem Belieben. Aber seine Stellung als Vorsitzender hat zur Folge, daß — allen Protesten zum Trotz — die Zeitung als officiöses Parteiorgan dasteht. Diesem Verhältniß wollten die 6 Herren, welche gegen ihn stimmten, ein Ende machen und der Ausgleichung wegen auch an Rickert's Stelle Herrn Zelle setzen. Man kann ja in diesem Puncte anderer Meinung sein, als sie, aber man verständigt sich an der Partei, wenn man ihr eine Zwiespältigkeit der politischen Grundanschauung unterlegt, von der nicht entfernt die Rede ist. Das giebt uns aber auch die Zuversicht, daß sie über diesen widerwärtigen Zwischenfall gesund hinauskommen wird und daß die von links und rechts ausgehenden Versuche, unter diesem Vorwand einen Keil in sie zu treiben, vergebliche Arbeit bleiben werden."

Wie der Moniteur von Alzey, so nimmt jetzt auch das Herrn Rickert nahe stehende „Reichsblatt" die Affaire auf die leichte Achsel, indem es schreibt:

„Ob sich die Herren heute zu Sieben oder zu Dreizehn zanken, oder ob sie sich unter dem Vorsitz des Abgeordneten Richter oder unter dem des Abgeordneten Schrader zanken, das kann uns Wählern ganz egal sein. Es kommt nicht darauf an, ob in dem inneren Cirkel Dieser oder Jener präsidirt."

SLUB
Wir führen Wissen.